

Johannes Fischer

## **Wie Deutschland sich am Krieg im Nahen Osten beteiligt<sup>1</sup>**

Wie durch eine Antwort des Auswärtigen Amts auf eine Anfrage des BSW-Abgeordneten Sevim Dagdelen bekannt wurde, sind seit August Rüstungsexporte nach Israel im Wert von ca. 94 Millionen Euro genehmigt worden. Das ist weit mehr als bisher bekannt. Noch in der vergangenen Woche hat das Wirtschaftsministerium dem Wirtschaftsausschuss des Bundestages die Zahl von 45,74 Millionen für das gesamte Jahr bis zum 13. Oktober mitgeteilt. Außenministerin Baerbock hat die nun bekannt gewordene Steigerung der Rüstungsexportzahlen damit begründet, dass Deutschland Israel bei seinem Recht auf Selbstverteidigung gegen Iran und terroristische Angriffe unterstütze.

Deutschland unterstützt damit Israel in einem eindeutig ungerechten<sup>2</sup> und sinnlosen Krieg, der tausende von Opfern unter der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und im Libanon gefordert und zu Zerstörungen von ungeheurem Ausmaß geführt hat. Sinnlos ist dieser Krieg deshalb, weil nicht zu sehen ist, wie an seinem Ende, wann immer es kommen und wie immer es aussehen wird, eine Ordnung des friedlichen Zusammenlebens zwischen Juden und Palästinensern noch verwirklicht werden kann. Die internationale Gemeinschaft drängt Israel zu einer Zweistaatenlösung. Eine solche ist für die Rechtsradikalen und Religiösen in Israels Regierung nicht akzeptabel, und sie haben mit ihrem Austritt aus der Regierung gedroht, falls sie sich auf diese Lösung einlässt. Geht es nach ihnen, dann soll Israel Ostjerusalem, das Westjordanland und möglichst auch noch den Gazastreifen annektieren. So ist aufgrund der Blockade durch die israelische Regierung keine politische Lösung in Sicht, und der Krieg geht unvermindert weiter. Es ist dieser Krieg, zu dem Deutschland seinen Beitrag leistet, indem es Israel mit Waffenexporten unterstützt. Wie gesagt, wird dies offiziell damit begründet, dass Deutschland Israel bei seinem Recht auf Selbstverteidigung unterstützt.

Die jetzt bekannt gewordenen Rüstungsexporte haben eine Vorgeschichte. Anfang August hat der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, die Bundesregierung aufgefordert, Israel im Falle einer Eskalation des Nahostkonflikts und eines massiven Angriffs aus dem Iran

---

<sup>1</sup> Ich schreibe dies am 25. Oktober 2024.

<sup>2</sup> Johannes Fischer, Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung“. Über die Frage, ob Israel im Gazastreifen und im Libanon einen gerechten Krieg führt, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2024/10/Krieg-im-Gazastreifen-und-im-Libanon-10.-Oktober-2024.pdf> .

militärisch zu unterstützen. Ähnlich äußerte sich damals der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein. Das löste eine Debatte aus. Verteidigungsminister Boris Praetorius nannte ein militärisches Eingreifen Deutschlands „völlig unvorstellbar“. Als Alternative wurde – zum Beispiel durch den Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck – die schnellere und großzügigere Bewilligung von Rüstungsexporten ins Gespräch gebracht. Es stellte sich damals heraus, dass die Rüstungsexporte nach Israel erheblich zurückgegangen waren. Von Anfang März bis zum 21. August wurden nur noch Lieferungen von 14,42 Millionen Euro bewilligt. Der Export von Kriegswaffen wurde in dieser Zeit gar nicht mehr erlaubt. Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) warf der Bundesregierung daraufhin vor, Exportanträge von Rüstungsunternehmen zu blockieren, darunter die Lieferung von Munition und Ersatzteilen von Panzern. Die Bundesregierung betonte dagegen stets, dass es keinen Rüstungsexportstopp gebe. „Wir haben Waffen geliefert, und wir werden Waffen liefern“, sagte Bundeskanzler Scholz in der Bundestagsdebatte zum Jahrestag des 7. Oktober. Das zeigt sich jetzt offenbar in der Statistik.

So gesehen hat die Steigerung der Rüstungsexporte eine innenpolitische Erklärung. Die Bundesregierung war unter innenpolitischen Druck geraten. Jedenfalls ist nicht zu sehen, dass und inwiefern diese Steigerung auf einem außenpolitischen Konzept beruht hinsichtlich der Frage, wie es im Nahen Osten zu Frieden kommen kann. Wenn Deutschland hierzu einen Beitrag leisten würde, dann müsste er darin bestehen, Israel die politische und militärische Unterstützung gerade zu entziehen, und zwar so lange, bis es bereit ist, sich mit internationaler Unterstützung auf eine politische Lösung für ein friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern einzulassen. Solche Überlegungen haben in der deutschen Politik offensichtlich keine Chance. Ganz gleich, was Israel tut: Deutschland steht an seiner Seite.